



Carsten Schneider (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Sprecher der Landesgruppe Thüringen

www.carsten-schneider.de

Carsten Schneider, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An die  
Mitglieder der  
SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 29. März 2006

- im Hause -

## **Gasprom- Bürgschaft im Haushaltsausschuss vollständig aufgeklärt – Opposition schadet Interessen deutscher Unternehmen**

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Haushaltsausschuss hat im Rahmen seiner gestrigen Sitzung intensiv über die Gewähr einer Garantie für einen ungebundenen Finanzkredit („Bürgschaft“) der Bundesregierung debattiert. Nach ausführlichen und vollständigen Informationen des Bundeswirtschaftsministeriums, des Bundesfinanzministeriums und des Kanzleramts steht fest: Der Vorgang wurde vollständig aufgeklärt, alles verlief nach Recht und Gesetz, es gab keine politische Einflussnahme auf die Gewähr der Garantie.

Die vermeintlichen Vorwürfe der Opposition, insbesondere der FDP, gegenüber unserem ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder haben sich als haltlos herausgestellt: Nichts als Diffamierungen und populistisches Getöse!

**Tatsache ist:** Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Deutsche Bank verhandelten mit dem Unternehmen Gasprom über ein mögliches Darlehen. Darlehensnehmer sollte Gasprom sein, Darlehensgeber die beiden Banken. Dieser Kredit sollte zum Bau des Teilstücks der Gas-Pipeline auf dem russischen Festland („Onshore“-Pipeline) verwendet werden. Der Bau dieses Teilstücks hat ein Volumen von ca. 4 bis 5 Milliarden Euro, das Darlehen wurde über eine Summe von ca. 900 Millionen Euro geplant. Der Betreiber des Onshore- Teilstücks der Pipeline ist das Unternehmen Gasprom selbst, also gerade nicht das Konsortium, bei dem Gerhard Schröder den Aufsichtsratsvorsitz übernommen hat.

Die Banken beantragten bei der Bundesregierung nach Recht und Gesetz eine Bürgschaft über das geplante Darlehen (sog. Garantie für ungebundene Finanzkredite). Das ist auch nicht ungewöhnlich: Im Haushaltsgesetz des Bundes sind für 2005 ca. 300 Milliarden Euro für Gewährleistungen des Bundes vorgesehen. Sie sind wichtig für die

..2

Berlin | Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227 – 74 550  
Telefax: (030) 227 – 76 448  
carsten.schneider@bundestag.de

Erfurt | Bürgerbüro Erfurt  
Andreasstraße 25a  
99084 Erfurt  
Telefon: (0361) 2 66 68 15  
Telefax: (0361) 5 66 07 95  
carsten.schneider@wk.bundestag.de

Weimar | Bürgerbüro Weimar  
Goetheplatz 9b  
99423 Weimar  
Telefon: (03643) 7 73 70 00  
Telefax: (03643) 7 73 70 01  
carsten.schneider@wk2.bundestag.de



Förderung der deutschen Wirtschaft und sie werden in einem strengen Verfahren vergeben: Es entscheidet ein interministerieller Ausschuss (IMA), der sich aus Beamten des Auswärtigen Amtes, des Bundeswirtschaftsministeriums, des Bundesfinanzministeriums und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zusammensetzt.

Im Übrigen: Der IMA entscheidet dabei nicht über die Gewähr von finanziellen Leistungen. Das wird in der Öffentlichkeit oft missverständlich wahrgenommen. Es fließt kein Geld, sondern es werden Risiken eines Darlehens abgesichert. Im Ergebnis erhält die Bundesrepublik Deutschland finanzielle Mittel, denn eine solche Garantie wird nur gegen eine Provision vergeben. Dadurch fließt dem Bundeshaushalt pro Jahr insgesamt ein einstelliger Milliardenbetrag zu.

Der IMA kam zu der Entscheidung, dass die Bürgschaft allen Vergabekriterien entspricht:

- Gasprom ist ein außerordentlich solventer Schuldner. Seit nunmehr 12 Jahren hat Gasprom jeden Kredit vollständig und pünktlich zurückbezahlt.
- Es liegt im deutschen Interesse, dass Banken aus Deutschland sich im internationalen Wettbewerb behaupten und durch lukrative Geschäfte Gewinne machen. Das sichert nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch Arbeitsplätze am Standort Deutschland.
- Die ausreichende Versorgung mit Erdgas ist ein nachhaltiges und bedeutsames energiepolitisches Interesse Deutschlands. Daher wurde von der Bundesregierung darauf hingewirkt, dass sich Gasprom verpflichtet, die Gaspipeline immer ausreichend mit Gas zu befüllen.

Er hat daher die Garantie für einen solchen ungebundenen Finanzkredit ausdrücklich befürwortet. Dies wurde übrigens auch durch alle im Haushaltsausschuss vertretenen Fraktionen so gesehen. Hierüber herrscht kein Streit.

#### **Daher steht nun ausdrücklich fest:**

- Die Entscheidung des Interministeriellen Ausschusses war eine Sachentscheidung, keine politische Entscheidung.
- Es hat zu keiner Zeit – weder vorher, noch hinterher - eine Beeinflussung der Beamtinnen und Beamten seitens der politischen Leitungen der beteiligten Bundesministerien und keinen politischen Einfluss auf die Sachentscheidung gegeben. Richtig ist lediglich, dass die Leitungsebenen nachträglich über die Entscheidung in Kenntnis gesetzt wurden. Kein Minister und kein Staatssekretär hat sich dafür ausgesprochen, das Urteil der Beamten zu ändern! Auch nicht der damalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Cajo Koch-Weser!
- Das Bundeskanzleramt wurde in die Entscheidungsfindung des IMA weder einbezogen noch im Nachhinein darüber informiert.
- Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde weder einbezogen noch unterrichtet. Außerdem hat er mit der Betreibung des Onshore- Teilstücks der Pipeline gar nichts zu tun.



Carsten Schneider (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Sprecher der Landesgruppe Thüringen

Seite 3 von 3 Seiten des Schreibens vom 07.04.06

Trotz dieser vollständigen Aufklärung versucht die Opposition, allem voran die FDP, den Vorgang weiterhin zu skandalisieren und in den Medien bewusst falsch darzustellen. Das schadet nicht nur dem Ansehen unseres ehemaligen Bundeskanzlers. **Das schadet vor allem Deutschland und deutschen Unternehmen!** Es ist sogar zu befürchten, dass die KfW und die Deutsche Bank dieses Geschäft verlieren und damit andere Banken aus anderen Staaten die Gewinne einstreichen. Noch hat Gasprom nicht „abgesagt“. Wir hoffen, dass das so bleibt.

Gerade von der vermeintlichen „Wirtschaftspartei“ FDP ist ein solches Verhalten besonders skandalös. Sie fordert sogar, Informationen aus Verträgen und Geschäftsunterlagen der Beteiligten am Darlehensgeschäft vorzulegen – als ob es in Deutschland keinen Datenschutz und keinen grundrechtlich garantierten Schutz des Geschäftsgeheimnisses gäbe. Das ist Populismus der übelsten Form, dem wir entschlossen entgegen treten müssen!

Ich erwarte von der Opposition, vor allem von der FDP, dieses Verhalten und Gebaren sofort einzustellen. Denn wenn künftig die Ostsee-Pipeline gebaut werden wird, liegt darin für deutsche Unternehmen die Chance, gute Aufträge, gute Geschäfte und gute Gewinne zu realisieren, indem sie sich bei diesem Projekt engagieren und damit Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland sichern. Dafür brauchen diese Unternehmen aber auch weiterhin das Vertrauen und die Unterstützung der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages.

Mit freundlichen Grüßen

Euer Carsten Schneider